

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 53.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Besuchspreis: Durch unsre
post frei ins Land monatlich
20 Mf. Bei den Geschäftsstellen
angebaut monatlich 3,50 Mf. Bei
der Post befreit und seitdem abge-
zahlt vierzehntäglich 3,60 Mf., monatlich
3,00 Mf. Durch den Briefträger
bei uns Haus vierzehntäglich 4,00
Mf., monatlich 1,24 Mf. Briefe
gelangen in den Geschäftsstellen
mit Ausnahme von Sonn- und
feiertagen. Unsere Zeitungsaus-
gäger und Ausgabenstellen, sowie
die Postanstalten und Briefträger
nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigepreis: Die Anzei-
ge ist bestellbar über einen
Raum für Anzeigen aus dem
Büro Schwerzenbach 20 bis
ausserdem Anzeigen 20 bis
Kunstgewerbe für Aus- und den
Raum Schwerzenbach 70 bis... Sonst
soviel, bei geschlossenen Abmachungen entsprechen
Anzeigebestellbar. Anzeigeneh-
mer bis frühestens 1/2 Uhr nach
mittags. Für Fehler im Tag kann
Gewähr nicht geleistet werden,
wenn die Aufgabe der Anzeige
durch Fernsprecher erfolgt oder das
Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 65

Donnerstag, den 20. März 1919

14. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Nach Pariser Meldungen soll der Vorfrieden in zwei Wochen in Versailles geschlossen werden.

Die innere Lage in England und Frankreich ist nach wie vor bedrohlich.

Für April soll ein Einstall der Bolschewiki in Deutschland zu erwarten sein.

Die Feinde wollen Deutsch-Österreich große Zugeständnisse machen, wenn es vom Anschluss an Deutschland absieht.

Die Hamburger Seefahrer weigern sich, die deutsche Handelsflotte den Feinden auszuliefern.

Unsere Lebensmittelversorgung.

Die Bezahlung der Lebensmittel.

Über das Finanzabkommen in Brüssel erfahren wir, daß sich drei Hauptgruppen der Einfuhr unterscheiden lassen, die von den feindlichen Ländern und die von den Neutralen. Die ersten 270 000 Tonnen Lebensmittel sollen durch hundert Millionen Mark Gold und 25 Millionen goldindischer Wertpapiere bezahlt werden. Für die Bezahlung weiterer Bezüge lehnt die Entente Zahlungen in Reichsmark ab. Ebenso verwirkt sie Kredite auf inländische Werte. Es bleibt also nur der Ausfuhrwert der deutschen Waren und der Erlös von Ladungen deutscher Schiffe, die sich in fremden Häfen befinden. In den neutralen Ländern kann die Finanzierung durch Kreditgewährung auf ausländische Wertpapiere in deutscher Währung ermöglicht werden. Man hat auch an die deutschen Ansiedlungen im Auslande gedacht, bindende Vereinbarungen hierüber haben aber nicht stattgefunden. Ein weiteres Zahlungsmittel ist das Gold, doch stehen die Missionen auf dem Standpunkt, daß Deutschland seinen Goldschatz nicht für Lebensmittelkäufe verwenden soll. Das Gold soll einsteuern nur als Sicherheit in Brüssel deponiert werden. Für die Ausfuhr nach den Entente-Ländern kommen in erster Linie in Betracht Kohle, Kali, Holz und Harzstoffe. Für die Käufe von den Neutralen kommt erschwerend unsere starke Verpflichtung an sie in Frage. Die Entente beabsichtigt, die Neutralen zu einer Besprechung der Frage der deutschen schwedenden Kredite nach Paris einzuladen. Das könnte allerdings auch zu einer Art Konsultation über Deutschland führen.

Die Lebensmittelkäufe beginnen.

Marschall Foch hat folgendes Telegramm an die Waffenstillstandskommission in Spa angesetzt: Die Verhandlungsbeteiligung des obersten Wirtschaftsrates bringt mir Kenntnis, daß infolge der Brüsseler Verhandlungen zwei französische Delegierte am Donnerstag, den 20. März, nachmittags 4 Uhr, in Rotterdam im Hotel Maas eintreffen werden, um über den Verkauf von Palmöl, Fässern und anderen Produkten zu verhandeln. Es wird gebeten, die Vertreter der deutschen Regierung bei der Waffenstillstandskommission davon zu benachrichtigen.

Dienstverweigerung der Seeleute.

Laut „Volksanzeiger“ wurde in Hamburg in einer Massenversammlung der Seeleute im Kreis Busch einstimmig folgende Entschließung angenommen: Die heutige Versammlung der Seeleute aller Art verwirkt die von der Entente geforderte Auslieferung der deutschen Handelsflotte und macht es allen deutschen Seeleuten und Arbeitern zur Pflicht, die Arbeit auf den Schiffen zu verweigern. Begründet wurde die Entschließung damit, daß wir außer den von der Entente garantierten ersten Lieferung von Lebensmitteln nach der Auslieferung unserer Handelsflotte keine Gewähr dafür haben, auch tatsächlich weitere Lebensmittel zu erhalten.

Amerika braucht Frieden in Europa.

Der amerikanische Lebensmittelkontrolleur Hoover erklärte in einer Unterredung, der schwierigste Teil des ganzen Lebensmittelproblems sei die Haftungsfrage. Europa könne nicht damit fortfahren, seine üppigen Reserven auszugeben, um sich Kredit für Lebensmittel zu verschaffen. Die Reserven an Kredit in der ganzen Welt wären für die Versorgung Europas nicht ausreichend, wenn es nicht sofort zur Produktion von Bedarfssorten zurückkehre. Hoover fuhr fort: Wir arbeiten auf einer gänzlich künstlichen Grundlage, verschafften Lebensmittel auf Kredit und nehmen flüssige Hilfslieferungen verschiedener Länder Euro- pa als Tauschobjekt ohne entsprechenden Umtausch von

Bedarfssorten. Das kann einfach nicht so weitergehen, und wenn Europa nicht in sehr kurzer Zeit zur Arbeit zurückkehrt, so werden wir in einem Jahre eine Wiederholung der jetzigen Nahrungsmittelskrise erleben, und die Welt wird dann die Erschütterung viel schwerer ertragen als jetzt. Wir müssen so rasch wie möglich Frieden haben, und dann können alle Länder zur Arbeit zurückkehren.

Pichon über die großdeutsche Frage

Zugeständnisse an Deutschland.

Der Pariser Korrespondent der Zeitung „Astonblad“ hatte mit dem französischen Minister des Innern Pichon eine Unterredung, in der der Minister erklärte, daß der Beschluss der Lebensmittelversorgung Deutschlands sicher große Verbündungen in den Beziehungen Deutschlands zu den neutralen Staaten mit sich führen werde. Was die Vereinigung Deutsch-Österreich mit Deutschland angeht, so erklärte Pichon, daß man zweifellos Deutsch-Österreich grohe wirtschaftliche, militärische und politische Vorteile zusagen werde, falls Deutsch-Österreich als ein neutrales Land außerhalb Deutschlands verbleibe. Man glaubt, daß auch Deutsch-Österreich diese Vorteile nicht ohne weiteres ignorieren werde. Auf die Frage, ob Frankreich freiwillige nach Polen schicken werde, antwortete Pichon: „Keine Soldaten, bloß Offiziersabteilungen mit einem Generalgemäß dem Abskommen, das die Entente mit den Polen getroffen hat.“ Das in Amerika verbreitete Gericht, daß die französische Regierung die Sowjetregierung anerkennen wolle, dementierte Pichon категорisch.

Warnungen der französischen Presse.

Amischen der internationalen Pariser Presse und den rechtsseitigen Blättern findet eine scharfe Polexit über die Gefährdung der internationalen Lage durch gewisse Tendenzen statt. Marcel Cachin ruft in Humanite: Wenn unsere Freunde glauben, den Krieg durch den Sieg der Liga (d. h. des Völkerbundes) abschaffen zu können, so sind sie in einer schweren Illusion besessen. Das Gewitter steigt überall herauf! In Russland, Deutschland, im alten Österreich streben die Völker mit aller Kraft nach einer neuen Ordnung. Auch bei uns in Frankreich werden die Fälligkeitstermine festgestellt. Weiters macht sich eine Beunruhigung der Geister bemerkbar, die großen historischen Ereignissen vorausgeht. Während dessen versuchen unsere Freunde einzige einen Gewaltfrieden zu erringen und leisten in wahnhafter Weise dem einzigen Mannen Widerstand, der allein den verhängnisvollen Konflikt vermeiden könnte. (Wilson.) Die R. L. führt aus, daß das sich immer mehr bemerkbar machende Unbehagen auf die langsame Demobilisierung zurückzuführen sei, und schreibt: Wenn der Kriegszustand weiter verschleppt wird und unzählige Milliarden hinausgeworfen werden, können in einigen Wochen Ereignisse eintreten, deren Tragweite man heute nicht abschätzen kann.

In zwei Wochen Frieden!

Der Brief Wilsons, Clemenceau und Orlando an Lloyd George (über den wir an anderer Stelle berichten) wurde in Paris veröffentlicht: in demselben heißt es u. a.: Um zu verhindern, daß die Welt längst auf den Frieden zu warten braucht, ersuchen wir dringend, daß Sie in Paris verbleiben, bis die hauptsächlichsten Friedensfragen geregelt sind. Wir hoffen, daß dieses hochwichtige Ergebnis in weniger als zwei Wochen erreicht werden kann.

Lloyd George hat beschlossen, Paris vorläufig nicht zu verlassen, um an den wichtigen Beratungen über die Friedenskonferenz und den Völkerbund teilzunehmen.

Der Völkerbund muß die Neutralen.

Nach einer Meldung der Schwizerischen Telephonagentur hat die vom Präsidenten Wilson geleitete Völkerbundskommission der Pariser Konferenz die Neutralen aufgefordert, Anträge auf Abänderung des Vorentwurfes für eine Völkerbundverfassung bekannt zu geben. Die internationale Völkerbundskonferenz in Bern hat darauf folgende Anforderungen vorgeschlagen: Statt der vorgeschlagenen Delegiertenversammlung soll ein aus direkten Wahlwählern hervorgegangenes Völkerparlament geschaffen werden, dem die alleinige gesetzgebende Gewalt zustehen soll. Auf je 1 Million Wahlberechtigter soll nach dem Proportionalen System ein Abgeordneter zum Völkerparlament kommen.

Der Völkerbund soll alle Staaten umfassen, die das Selbstbestimmungsrecht haben, welche die zur Ausführung der Bestimmungen des Völkerrechts hinreichenden organisatorischen Einrichtungen aufweisen. Dem jüdischen Volke kommt das Recht zum Beitritt zum Völkerbund grundsätzlich zu. Dem Heiligen Stuhl möge eine Stelle im Völkerbund eingeräumt werden.

Ein internationales Gericht und ein internationales Be- mittlungsrat sollen geschaffen werden, deren Entscheidungen sich die Staaten unter Ausschluß jedes Krieges zu unterwerfen haben. Der Beleidigungsrat soll zusammengelegt sein aus Persönlichkeit, die vermögen ihres internationalen Ansehens allgemeines Vertrauen genossen und dem Völkerparlament die Ernenntung des Fachministerien vorschlagen.

Deutsche Kabel und Nieler Kanal.

Der Pariser oberste Kriegsrat hat noch die beiden Fragen der deutschen Kabel und des Nieler Kanals zu regeln. Es handelt sich dabei darum, ob die deutschen Kabel zurückgegeben oder unter die Alliierten verteilt werden sollen und ob der Nieler Kanal im Westen des Deutschen belassen werden soll unter der Bedingung der Schließung der Festungen oder ob die Durchfahrt internationalisiert werden soll. Es scheint, daß die Verteilung der Kabel unter die Alliierten und die Einrichtung einer Internationalen Verwaltung ähnlich wie beim Suezkanal sehr ins Auge gefaßt werden sollen. Beide Fragen sollen in wenigen Tagen entschieden werden.

Vom Obersten Kriegsrat in Paris.

Deutschlands Entwaffnung. — Der Präliminarfrieden.

Aus Paris wird vom Dienstag offiziell gemeldet: In den Beratungen des Obersten Kriegsrates trat die völkerliche Übereinkunft ein im Sinne der Meinungen zu Tage. Präsident Wilson hatte wieder den Worten der amerikanischen Delegation inne. Clemenceau, Lloyd George, Orlando, Foch, General Desgouttes und die militärischen Sachverständigen der Flotten- und Flugwesens waren ebenfalls anwesend. Die Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der entgültigen Festlegung des Textes der Bedingungen, die Deutschland hinsichtlich seines Heeres, Flottilen- und Flugwesens auferlegt werden sollen. Der vom Redaktionsausschuß der Alliierten vorgefaßte Wortlaut wurde angenommen. Bekanntlich ist darin die Abrüstung Deutschlands vorgesehen, wonach es seine militärische Organisation auf allen Gebieten zwei Monate nach Unterzeichnung, den ihm auferlegten Bedingungen anzupassen hat. Die Zahl von 100000 Mann ist ein ständiges Heer wird beibehalten, beseitigt das System der freiwilligen Rekrutierung auf zwölfjährige Dienstzeit, ferner die Abschaffung der Rüstungen, der Kriegsabtriebe, der Kriegsflotte und des Militärflugwesens. An dem Entwurf werden nur Abänderungen von untergeordneter Bedeutung vorgenommen werden, deren wichtigste in der Vereinfachung der militärischen Hilfsmittel für die Rüstung Deutschlands besteht.

Der Rat beschäftigte sich auch mit der Frage, ob die endgültigen Bedingungen Deutschland in Form eines Waffenstillstands oder im Präliminarfrieden vorzulegen seien. Es scheint mehr die Meinung zu bestehen, die Friedensprälimarien zu beschleunigen, als ein weiteres Waffenstillstandskommunikation abzuschließen. Eine Entscheidung wurde noch nicht getroffen.

Ein Brief an Lloyd George.

Bei der vorigestrichenen Sitzung des obersten Kriegsrates wurde Lloyd George ein von Präsident Wilson, Clemenceau und Orlando unterschriebener Brief übergeben, worin er dringend aufgefordert wird, seine geplante Rückkehr nach England um zwei Wochen zu verschieben angehoben war. Die Dringlichkeit des Problems, mit dem sich die Konferenz in den nächsten Tagen zu beschäftigen hat und das die Unterzeichner des Briefes für wichtiger halten, als sogar die Arbeitsschwierigkeiten, die in England beigelegt werden müssen. Wie verlautet, wird Lloyd George seinen Besuch in dieser Frage von der Ansicht seiner Kollegen abhängig machen.

Schwierigkeiten mit der englischen Arbeiterschaft.

Der Amsterdamer Telegraph meldet aus London, daß Lloyd George im Hinblick auf die Schwierigkeiten mit der englischen Arbeiterschaft den Arbeitersührer Thomas erucht hat, sofort nach Frankreich zu kommen. Thomas begab sich im Flugzeug nach Paris. Vorher jagte Thomas zu Journalisten, die Aussichten seien sehr schlecht. Der Arbeiterscorrespondent des Daily Chronicle bezeichnet die Lage in der englischen Arbeiterschaft als gefährlich.

Geplanter Bolschewiki-Einstall in Deutschland.

Mobilisierung von 150000 Mann.

Die Times erhält aus Helsingfors: Die Moskauer Regierung hat auf Drängen Krook dem Roten Generalstab befohlen, baldig einen Plan für die Bildung einer Armee von 150000 Mann zu entwerfen, um damit im April oder Mai in Deutschland über Polen und Russland einzufallen zu können. Das Hauptziel dieser Armee sollte sein, die Spartakisten in Deutschland zu unterstützen und die etwa 100000 Mann russischen Kriegsgefangenen für offensive oder defensive Bewaffnung freizumachen.